

In den Kapiteln über Konjunkturpolitik und Finanzpolitik wurden bereits unterschiedliche Ansätze zur Interpretation volkswirtschaftlicher Phänomene deutlich, welche dann auch konsequenter Weise zu verschiedenen Vorschlägen für wirtschaftspolitisches Handeln führten. Dies betrifft insbesondere die Auseinandersetzung zwischen dem *neoklassischem* und dem *keynesianischem* Wirtschaftsverständnis. Bildlich gesprochen sehen die Vertreter der ersten Schule im Markt "die Kuh, die man pflegen muß, um sie kräftig melken zu können", während die Vertreter der zweiten im Markt eher das "Raubtier sehen, welches man bändigen muß".

Schulen


In der jüngsten Vergangenheit waren Ansatzpunkte dieser Auseinandersetzung vor allem auch in der deutschen und europäischen Sozialdemokratie zu spüren, belegt durch das sog. Schröder-Blair-Papier und als Antwort auf dieses den sog. Strauss-Kahn-Lafontaine-Standpunkt. Neben der Beurteilung der Märkte ist es vor allem die Definition von *Chancengleichheit*, welche beide Papiere unterscheidet. Definieren Schröder und Blair Chancengleichheit vor allem im Sinne von Schaffung gleicher Ausgangsmöglichkeiten z.B. durch Bildung für dann eigenverantwortliches Handeln, sehen Strauss-Kahn und Lafontaine in der Chancengleichheit vor allem die Sicherung ähnlicher Lebensverhältnisse durch staatliche Transfers.

Schröder-Blair-Papier

Strauss-Kahn -
Lafontaine -
Standpunkt

Die nachfolgende Abbildung 20-1 zeigt eine Übersicht über die Entwicklung der volkswirtschaftlichen Schulen. [Mit einem Klick auf das Bild erhalten Sie eine größere Darstellung] Zur Vertiefung lesen Sie den Artikel von Nikolaus Piper „Die unheimliche Revolution“ aus der Wochenzeitschrift Die Zeit, welche den Prozeß aus der Sicht heutiger Fragestellungen darstellt.

Links

 Schröder-Blair-Papier ► <http://www.wagner-berlin.com/wkschroederblair.doc>


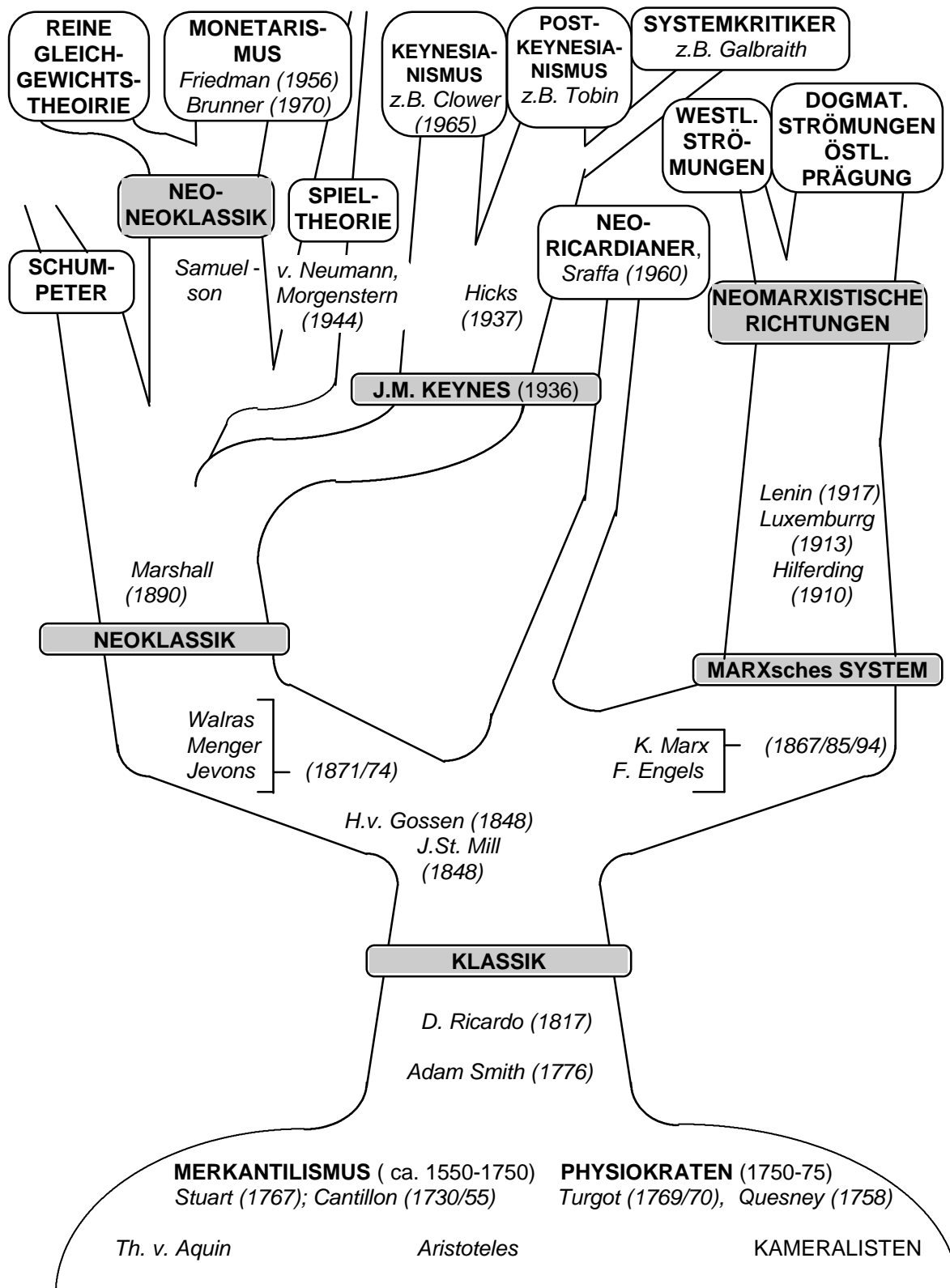
 Strass-Kahn-Lafontaine-Standpunkt ► <http://www.wagner-berlin.com/wkstrausskahn.doc>

Abb. 20-1:
„Stammbaum“ der Volkswirtschaftslehre



→ Stichwort: Volkswirtschaftliche Schulen

Die unheimliche Revolution

Von Nikolaus Piper



Lesematerial zum
AM 20

aus

DIE ZEIT

Nr. 37 vom
05.09.1997

"Praktische Menschen, die sich selbst frei von jeglichen intellektuellen Einflüssen wähnen, sind in der Regel Sklaven irgendeines verstorbenen Ökonomen."

John Maynard Keynes

"Nicht von der Wohltätigkeit des Fleischers, Brauers oder Bäckers erwarten wir unser Nachtmahl, sondern von deren Bedacht auf ihre eigenen Interessen. Wir wenden uns nicht an ihre Mitmenschlichkeit, sondern an ihre Eigenliebe"

Adam Smith (1723-1790)

„Die natürliche Arbeitslosigkeit kann nur durch immer höhere Inflationsraten unterschritten werden“

Milton Friedman

"Ich kann nicht sozial denken, denn ich weiß gar nicht, was das ist"

Friedrich August von Hayek (1899-1992):

„Die Marktteilnehmer haben rationale Erwartungen. Eingriffe in die Wirtschaft funktionieren nur, wenn es gelingt, sie zu täuschen.“

Robert Lucas

„Märkte sind nie im Gleichgewicht, wie die alte Theorie behauptet. Unternehmer schaffen sie ständig neu.“

Ludwig von Mises (1881-1973)

Wer heute immer noch an den Sozialstaat glaubt, der sollte mal mit David Friedman reden. Der Professor an der Universität von Santa Clara in Kalifornien sieht sich selbst als "Ökonom-Anachronist-Anarchist". Würde man dem Sohn von Nobelpreisträger Milton Friedman vorwerfen, er wolle zurück zum altliberalen Nachtwächterstaat, dann wäre dies eine Verleumdung, denn natürlich würde er auch das Amt des Nachtwächters privatisieren. "Alles, was Regierungen tun, kann in zwei Kategorien aufgeteilt werden - in Aufgaben, die man ihnen heute schon wegnehmen kann, und in Aufgaben, von denen wir hoffen, sie ihnen morgen wegnehmen zu können", heißt es in seinem Buch "The Machinery of Freedom".

Private Verbrechensbekämpfung zum Beispiel, findet Friedman, wäre effizienter als staatliche. Das Opfer eines Verbrechens müßte dann nur seine Ansprüche auf Schadensersatz oder Schmerzensgeld einem Privatunternehmer verkaufen, der sie dann beim Verbrecher eintreibt - tot oder lebendig. Erinnert das nicht an die Kopfgeldjäger im Wilden Westen? Warum auch nicht, sagt Friedman. "Das System funktionierte doch ganz gut."

Friedmans Ansichten sind extrem, aber er ist kein Einzelgänger.

Radikalkapitalismus ist schick in Amerika. Die Heritage Foundation und die Meinungsseite des Wall Street Journal, die Libertäre Partei, eine mächtige Fraktion bei den Republikanern, und die Organisatoren einer eigenen Suchmaschine im Internet (<http://www.free-market.com/>)

- alle wollen den Staat aus der Wirtschaft austreiben: Sie sind gegen Sozialprogramme und die Gurtpflicht im Auto, für die Freigabe von Drogen, Waffen und Einwanderung.

Viele Libertäre möchten die Schulpflicht abschaffen und einige sogar das staatliche Geldwesen.

David Friedman zählt zur Vorhut einer fundamentalen Revolution im ökonomischen Denken - der schrittweisen Wiedereinsetzung der Doktrinen des Laissez-faire-Kapitalismus seit einem knappen Vierteljahrhundert. Was heute als "Globalisierung" in aller Munde ist, hat eine geistige Vorgeschichte, und die begann 1973, als Friedmans Buch zum ersten Mal erschien.

Damals hatte der Vietnamkrieg Amerika in tiefe Selbstzweifel gestürzt, in Kalifornien träumte man zu Pink Floyds psychedelischer Musik von "Ökotopia" und anderen Alternativen zur Marktwirtschaft. Der republikanische Präsident Richard Nixon sagte: "Wir sind alle Keynesianer", womit er andeutete, wie wichtig ihm der Staat in der Wirtschaft war. Das Wort "Kapitalismus" benutzten nur linke Studenten als Kampfbegriff die Verteidiger des Systems sprachen vornehm von "Marktwirtschaft" oder gar "gemischter Wirtschaft". Die Verhältnisse zwischen Markt und Staat schienen geklärt. Doch dann ereigneten sich drei Dinge, die das Klima in der Zunft der Ökonomen schlagartig änderten:

Erstens brach das Nachkriegs-Währungssystem mit seinen an den Dollar gebundenen Wechselkursen endgültig zusammen. Was Dollar, Mark, Pfund und Yen kosteten, legten nun nicht mehr Minister fest, sondern Märkte. Dies erhöhte das Prestige eines Ökonomen, der schon lange flexible Wechselkurse gefordert hatte: Davids Vater Milton Friedman von der Universität Chicago, ein alter Kämpfer für die reine Marktlehre.

Zweitens putschte am 11. September 1973 in Chile General Augusto Pinochet gegen die demokratisch gewählte Linksregierung unter Salvador Allende.

Pinochet tat, was andere Putschisten vor ihm auch taten: Er ließ verhaften, foltern und morden. Aber in der Wirtschaft machte er etwas grundsätzlich anders: Er holte eine Gruppe junger, von Friedman ausgebildeter Ökonomen, die Chicago boys, nach Santiago und ließ sie die chilenische Wirtschaft nach radikalkapitalistischen Maximen ummodellieren. Die jungen Leute liberalisierten und privatisierten, sie öffneten die Wirtschaftsgrenzen und schonten auch nicht die heimischen Oligarchien. Heute, nach der Rückkehr zur Demokratie, gilt Chile als Modell für Lateinamerika.

Drittens litten alle Industrieländer nach dem Ölpreisschock von 1973 unter einem Phänomen namens Stagflation: Die Wirtschaft stagnierte, die Arbeitslosigkeit stieg und - entgegen den Lehrbüchern - auch die Inflation.

Ein Problem, dem mit Nachfragesteuerung, wie sie etwa das deutsche Stabilitätsgesetz vorsieht, nicht mehr beizukommen war.

Und dies machte eine bislang eher akademisch geführte Debatte plötzlich hochbrisant: den Streit um die "Philips-Kurve". Der britische Ökonom A. W. Philips hatte während der fünfziger Jahre herausgefunden, daß in Großbritannien zwischen Inflation und Arbeitslosigkeit ein umgekehrter Zusammenhang bestand: Je weniger Arbeitslose es gab, desto stärker stiegen die Preise. In der Praxis wurde diese Kurve so popularisiert, daß manch ein Politiker glaubte, er könne sich einen beliebigen Punkt auf der Kurve auswählen. Berühmt wurde der Ausspruch von Bundeskanzler Helmut Schmidt, ihm seien fünf Prozent Inflation lieber als fünf Prozent Arbeitslosigkeit.

Die Stagflation schien nun dem schärfsten Kritiker der Philips-Kurve recht zu geben: Milton Friedman. Er behauptete, zwischen Inflation und Arbeitslosigkeit könne der Staat allenfalls kurzfristig wählen. Blähe der Staat die Nachfrage auf, dann gelinge es ihm wohl anfangs, die Unternehmer zu überraschen und sie zu mehr Investitionen zu veranlassen. Sobald diese jedoch den Braten röchen, stellten sie sich auf die zu erwartende Inflation ein und korrigierten ihre Pläne wieder. Dem könnten Notenbank und Regierung nur mit immer mehr Inflation begegnen. Im Endeffekt, sagte Friedman, sei die Philips-Kurve ein senkrechter Strich: Es gebe eine "natürliche Arbeitslosigkeit", die auf Dauer nicht unterschritten werden könne die Regierung solle sich daher aus der Konjunkturpolitik heraushalten, die Notenbank sich auf ein moderates Wachstum der Geldmenge konzentrieren.

Letzteres gab Friedmans Schule den Namen "Monetaristen". Allerdings zeigte sich später, daß die Geldmenge so einfach gar nicht zu steuern ist, unter anderem weil man gar nicht genau weiß, was sinnvollerweise in die Geldmenge hineingehört und was nicht.

Friedman erhielt 1976 den Wirtschaftsnobelpreis. Seine Wirkung war gewaltig: Er popularisierte den Begriff der "natürlichen Arbeitslosigkeit" und nahm dem Staat damit ein Stück Verantwortung für die Beschäftigung. Seine monetaristischen Konzepte wurden schnell in praktische Geldpolitik umgesetzt, und zwar zunächst in der Bundesrepublik. Der Sachverständigenrat der "Fünf Weisen" machte sich den Monetarismus zu eigen und schlug im Jahresgutachten 1974 den Übergang zur Geldmengensteuerung vor. Bei der Bundesbank rannte er damit offene Türen ein: Der Zentralbankrat beschloß im selben Jahr, künftig regelmäßig ein Geldmengenziel zu veröffentlichen. Das ist bis heute so geblieben. Mit dem neuen, höchst umstrittenen Konzept begann der Aufstieg der Bundesbank zur mächtigsten Wirtschaftsinstitution in Europa.

Unterdessen ging der Angriff auf die Rolle des Staates in der Wirtschaftspolitik weiter. Professor Robert E. Lucas von der Universität Chicago lehrte, daß man den Wirtschaftszyklus überhaupt nur beeinflussen könne, wenn man die Märkte überrasche. Weil die Menschen dort aber gescheite Leute seien, die wüßten, wie die Wirtschaft funktioniert, sei dies in der Praxis unmöglich. Für diese "Theorie der rationalen Erwartungen" bekam Lucas 1995 schließlich auch den Nobelpreis. Deren Erkenntnisse blieben umstritten.

Da niemand in die Zukunft sehen kann und es zudem sehr verschiedene Ansichten darüber gibt, wie die Wirtschaft funktioniert, ist es sehr unwahrscheinlich, daß die Marktteilnehmer nie überrascht werden, wie es die Theorie unterstellt.

Mindestens ebensoviel aber trug ein Ereignis im Herbst 1974 zur Renaissance des Laissez-faire-Kapitalismus bei. Das Nobelkomitee in Stockholm zeichnete Friedrich August v. Hayek mit dem Wirtschaftsnobelpreis aus. Im ehrwürdigen Alter von 75 Jahren wurde damit ein eingefleischter Gegner von John Maynard Keynes aus gemeinsamen Londoner Tagen ausgezeichnet. Nicht fehlende Gesamtnachfrage verursache Wirtschaftskrisen, hatte Hayek in den dreißiger Jahren postuliert, Rezessionen seien vielmehr die unvermeidbare Reaktion, wenn der Staat vorher das Geld zu billig gemacht habe. Seinerzeit war er im Urteil der Öffentlichkeit gegenüber dem großen Keynes hoffnungslos unterlegen, nun galt er plötzlich als der Mann der Zukunft. Seine alten Bücher wurden wieder gelesen. Etwa "Der Weg zur Knechtschaft" von 1944, in dem er darlegt, daß jede Form von Sozialismus im Kollektivismus zu enden droht.

Auch Politiker und Unternehmer begannen nun, sich die Begriffswelt Hayeks anzueignen. Vom Kapitalismus als "spontaner Ordnung" etwa, vom Markt als "Entdeckungsverfahren", vom "angemaßten Wissen" staatlicher Planer oder dem "konstruktivistischen Irrtum", dem all jene unterlägen, die in die Wirtschaft eingreifen wollten.

Berühmt wurde ein Vortrag vom 6. Februar 1979 in der Freiburger Universität, in dem er das deutsche Publikum mit dem amerikanischen Begriff weasel word bekannt machte. So wie ein Wiesel aus einem Ei allen Inhalt herausaugen könne, ohne daß man es der Schale hinterher anmerke, so machten Wieselwörter alle Wörter inhaltsleer, denen sie vorangestellt würden. Das Wieselwort par excellence für ihn sei "sozial", sagte Hayek: "Was es eigentlich heißt, weiß niemand. Wahr ist nur, daß eine soziale Marktwirtschaft keine Marktwirtschaft, ein sozialer Rechtsstaat kein Rechtsstaat, ein soziales Gewissen kein Gewissen, soziale Gerechtigkeit keine Gerechtigkeit - und ich fürchte auch, soziale Demokratie keine Demokratie ist." Das Publikum war leicht konsterniert, schließlich saß die Witwe Walter Euckens unter den Gästen, den man ja gemeinhin zu den Vätern der Sozialen Marktwirtschaft zählt, da setzte Hayek noch eins drauf: Er könne nicht sozial denken, denn er wisse gar nicht, was das sei.

Schon 1947 hatte Hayek am Genfer See die Mont-Pèlerin-Gesellschaft gegründet, einen elitären Kreis von mittlerweile rund fünfhundert Wissenschaftlern, die die freie Gesellschaft und die freie Marktwirtschaft auf ihre Fahnen geschrieben haben. Hayek selbst mochte das Wort "Kapitalismus" nicht, er sprach lieber von der "erweiterten Ordnung". Diese Ordnung zeichnet sich dadurch aus, daß Menschen, die sich nicht kennen und nie kennen werden, miteinander produzieren können. Ihr einziges, und daher für die Ordnung überlebenswichtiges Verständigungsmittel sind die Preise.

Diese Ordnung wurde nicht erdacht oder geplant, sie ist das Ergebnis der Evolution. Ihr Problem ist, daß sie den Instinkten zuwiderläuft, die die Menschen vor undenkbar Zeiten in der Urhorde entwickelten: Solidarität mit den Nächsten, Abwehr gegenüber Fremden. Die moderne Gesellschaft ist überhaupt nur möglich, weil diese Instinkte zivilisiert wurden, aber diese Zivilisierung ist ständig in Gefahr. Eine "atavistische Sehnsucht nach dem Leben des edlen Wilden" sei die "Hauptquelle kollektivistischen Gedankengutes".

Dank Hayek erlebte die österreichische Schule der Nationalökonomie einen neuen Aufschwung. Eine Generation von "New Austrians" machte von sich reden.

Der Urvater der Nationalökonomie, Adam Smith, hatte gelehrt, daß Märkte "das offensichtliche und einfache System der natürlichen Freiheit" sind. Seine Nachfolger, die sogenannten "Neoklassiker", erdachten exakte Methoden, um zu zeigen, wie auf Wettbewerbsmärkten Angebot und Nachfrage ins Gleichgewicht bringen. Sie entwickelten zum Beispiel das Modell der sich kreuzenden Angebots- und Nachfragekurven, die heute in jedem Lehrbuch stehen.

Die Österreicher dagegen sagen: Märkte sind nie im Gleichgewicht, es gibt weder Nachfrage noch Angebot, beide entstehen laufend neu: Unternehmer wollen billig kaufen und teuer verkaufen, sie entdecken neue Geschäftschancen und bringen die Verbraucher dazu, neue Produkte überhaupt nachzufragen. Israel Kirzner, Professor an der New York University und einer der führenden "New Austrians", sagt: Die Funktion des Unternehmers bestehe ja nachgerade "in der Entdeckung, daß der Markt etwas bis dahin zu niedrig bewertet hat, so daß sein wahrer Marktwert bis dahin nicht allgemein realisiert wurde".

Der Unterschied zwischen dem österreichischen und dem neoklassischen Blick auf die Märkte ist alles andere als akademisch. Wer das Gleichgewicht auf Wettbewerbsmärkten sucht, der muß dafür sorgen, daß es dort nicht zu wenige, beherrschende Anbieter gibt. Er braucht deshalb ein starkes Kartellamt, das mit Fusionskontrolle und Mißbrauchsaufsicht eingreifen kann. Für Ökonomen der österreichischen Schule spielt die Zahl der Marktteilnehmer dagegen keine Rolle. Sollte es irgendwo ein (privates) Monopol geben, lautet die typische Argumentation, dann wird es dafür schon Gründe geben. Wichtig ist nur, daß der Zugang zu den Märkten offen ist, so daß der Monopolist immer mit potentiellen Wettbewerbern rechnen muß.

Die Schule führt ihre Wurzeln zurück auf den großen österreichischen Ökonomen Carl Menger (1840-1921). Formuliert wurde die Marktlehre aber erst in den dreißiger Jahren von Hayek und seinem älteren Kollegen Ludwig von Mises - ironischerweise in einer inzwischen legendären Debatte mit dem Sozialisten Oskar Lange. Beide wiesen damals nach, daß der Sozialismus nicht funktionieren kann, weil den Planern mangels Marktpreisen das Informationssystem fehlt. Die Agonie der Sowjetwirtschaft belegte diese Thesen spätestens in den siebziger Jahren eindringlich.

Schließlich, mit Margaret Thatcher in Großbritannien 1979 und Ronald Reagan in den Vereinigten Staaten 1980, wurde der Laissez-faire-Kapitalismus zur Staatsdoktrin, wenigstens in der angelsächsischen Welt. Reagan und Thatcher brachen die Macht der Gewerkschaften, sie privatisierten und deregulierten.

Der Rest Europas machte die kapitalistische Revolution nur halbherzig mit. Um so härter müssen Deutschland, Frankreich und andere Staaten heute mit der Dynamik kämpfen, die diese Revolution anderswo in Gang gesetzt hat.

Die Gegenreaktionen sind heftig: Die Deutschen klagen, daß ihnen die Arbeit ausgeht und die Politik alle Macht an die Wirtschaft abgeben mußte. Das intellektuelle Frankreich wehrt sich gegen die *pensée unique*, das "einheitliche Denken" der Ökonomie. Aber auch die Revolutionäre selbst sind unsicher. Der britische Economist, ein Vorkämpfer des Laissez-faire-Kapitalismus, veröffentlichte einen Titel unter der verblüffenden Überschrift: "Das rätselhafte Versagen der Ökonomie".

Hauptthese: Heute machten die Politiker, was Ökonomen immer gefordert hätten, aber aus den falschen Gründen. Sie privatisierten, um ihre Einnahmen zu erhöhen, aber nicht den Lebensstandard der Bürger.

Olaf Sievert, Präsident der Landeszentralbank in Leipzig, der im Sachverständigenrat seinerzeit die monetaristische Wende mit durchgesetzt hatte, beklagt, daß die Makroökonomie "auf den Hund gekommen" sei. Den alten Keynesianismus habe man zwar mit guten Gründen über Bord geworfen, doch nun stehe kein Ersatz zur Verfügung. Und dies bei über vier Millionen Arbeitslosen. Der Kapitalismus ist, dank Laissez-faire, dynamischer geworden.

Aber er löst tiefe Verunsicherung aus: Der Staat privatisiert nicht nur seine Unternehmen, sondern auch immer mehr die Lebensrisiken seiner Bürger. Die sehen sich dem Wandel schutzlos ausgeliefert.

Könnte es sein, daß die kapitalistische Revolution von den Menschen zuviel verlangt?

© DIE ZEIT